



Thomas Mietk

# Neuanfang im Kreis Lübben

Beitrag zur  
Flüchtlings- und Vertriebenenforschung  
am Ende des Zweiten Weltkrieges



Einzelveröffentlichung des Kreisarchivs Dahme-Spreewald  
Band 1

## Einleitung

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach über sechs Jahrzehnten taucht ein Thema in der breiten Öffentlichkeit auf, dem vorher in beiden deutschen Staaten, zumindest öffentlich, kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Diese Zurückhaltung war für eine geraume Zeit berechtigt, denn die Deutschen mussten sich erst ihren eigenen Verbrechen stellen, die Gefahr vermeiden, deutsches Leid gegen das der anderen Nationen aufzuwiegen. Ein Volk der Täter kann keine Opfer haben – war man sich einig – und so wurden Fragen zum Schicksal vieler Deutscher zum Ende des Krieges bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts oft verdrängt.

Ohne Revanchismus oder eine Fälschung der Geschichte zu betreiben, kann heute dieses Thema objektiver dargestellt werden. Grundlegend dafür war aus Sicht des ehemaligen DDR-Bürgers der Zusammenbruch des Ostblocks. Über die Erlebnisse während der Vertreibung durfte in der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, offiziell nicht gesprochen werden. Vor allem über die Taten der Roten Armee wurde Stillschweigen gewahrt. „Umsiedler“ mussten sie sich nennen. Wer sich weiter als Vertriebener oder Flüchtling bezeichnete, wurde als „ewig Gestriger“ verunglimpft und sogar der Volksverhetzung für schuldig erklärt. Allerdings darf bezweifelt werden, dass es sich hier um eine Umsiedlung handelte. Das hätte vorausgesetzt, dass die Vorgänge in geordneter, menschenwürdiger und freiwilliger Weise geschehen wären. Es handelt sich vielmehr um eine Bezeichnung, die von der sowjetischen Besatzungsmacht festgeschrieben wurde. Umsiedlung hörte sich humaner an als Vertreibung oder Flucht und war aus propagandistischer Sicht von Bedeutung. Wie hätte die Bevölkerung sonst auf den „großen Bruder“ und „Freund“ Sowjetunion reagieren sollen, wenn er erst als Befreier (was er zweifelsohne auch war) auftritt, doch dann die Befreiten aus ihrer eigenen Heimat vertreibt. Somit hat sich zumindest im Sprachgebrauch der DDR zum größten Teil das Wort „Umsiedler“ bei der hiesigen Bevölkerung eingepreßt, auch wenn jeder weiß, dass es diese, so wie wir es heute verstehen würden, nicht gegeben hat.

Mit dem Zusammenbruch der DDR 1990 musste das kommunistische System nicht mehr öffentlich von allen Vorwürfen freigesprochen werden. Dies allein war noch nicht der Grund des Interesses in der breiten Bevölkerung. Erst die geplante Ansiedlung eines Zentrums für Vertreibung in Berlin oder Breslau führte dazu, dass durch das Medieninteresse an den Streitigkeiten viele nach ihrer eigenen Familiengeschichte während der Flucht fragten oder gefragt wurden. Schon seit Jahren streiten hier Deutschland und Polen darüber, in welcher Stadt oder welchem

Staat dieses Zentrum entstehen soll. Es ist zu hoffen, dass dadurch die relativ guten Beziehungen, die zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung in den letzten Jahren und Jahrzehnten nach dem Krieg aufgebaut wurden, nicht beschädigt werden und sich weiter kontinuierlich entwickeln können. Das bezieht sich nicht nur auf die Beziehungen der Regierungen zueinander, sondern auch auf die Ebene der Kontakte zwischen den Menschen in beiden Staaten. Zahlreiche Vereine, gerade hier in der Grenzregion, tragen erheblich dazu bei, dass beide Seiten unverkrampft miteinander umgehen können. So besitzt auch der Landkreis Dahme-Spreewald enge Kontakte zum Kreis Wolsztyn in Polen. Gemeinsame Veranstaltungen und gegenseitige jährliche Besuche fördern das gegenseitige Verstehen. Beispielsweise wurden in den Jahren 2000 – 2004 Jugendbegegnungen zwischen beiden Kreisen durchgeführt, die sogar zu trinationalen Begegnungen zwischen den Landkreisen Dahme-Spreewald, Wolsztyn und Soleczniki (Litauen) ausgebaut wurden. Einen weiteren Meilenstein zur gegenseitigen Verständigung möchte der Europaverband des Landkreises setzen, der im Februar 2008 unter Vorsitz des ehemaligen Landrates Martin Wille gegründet wurde.

Diese Veröffentlichung beschäftigt sich mit der Frage der Flüchtlinge im Kreis Lübben. Anhand von Quellen des Kreisarchivs Dahme-Spreewald und des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam und in Lübben stelle ich dar, wie sich die Situation im Bereich des Flüchtlingswesens zwischen 1945 – 1950 entwickelte. Die vorliegende Arbeit soll Antworten darauf finden, wie die Vertriebenenpolitik der Besatzungsmacht und der späteren DDR auf Seiten des Kreises Lübben umgesetzt wurde. Als ausführende Organe mussten die Kreisverwaltung und die einzelnen Gemeindeverwaltungen mit den positiven wie negativen Reaktionen der Flüchtlinge und selbstverständlich auch der Einheimischen vor Ort umgehen. Neben grundlegendem Material, wie Statistiken oder Korrespondenzen zwischen den einzelnen Verwaltungsinstitutionen, konnten mir hier beispielsweise die Berichte von Verwaltungsbeamten des Kreises und der Stadt Lübben Auskunft über die konkrete Lage im Flüchtlingswesen geben.

Schließlich wünsche ich mir, dass dieser Beitrag auch andere dazu bewegt, sich mit ihrer Orts- oder Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Die Brandenburgischen Archive stehen jedem dazu offen! Es gibt diesbezüglich im Kreisarchiv bzw. Brandenburgischen Landeshauptarchiv noch genügend Quellenmaterial, welches erforscht werden muss.

Selbstverständlich erhebe ich bei der Vielzahl der vorhandenen Quellen in den Archiven zum Thema keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mir geht es mit dieser Veröffentlichung darum, zunächst die allgemeinen Rahmenbedingungen

und Entwicklungen darzustellen. Ich möchte dazu anregen, dass gezielt Zeitzeugenberichte von den Personen erfasst werden und Beachtung finden, welche die Vertreibung als Kinder oder Jugendliche erlebten. Jeder könnte seine eigene Geschichte erzählen. Allerdings ist meine Generation die letzte, die die Möglichkeit hat, mit den Menschen zu sprechen, die das Hitlerregime, den Krieg und die Vertreibung selbst miterlebt haben. Noch haben wir die Chance jemanden zu fragen, denn schließlich musste zu lange über dieses Leid geschwiegen werden.

Thomas Mietk

## Inhalt

Einleitung	4
Inhalt	7
1. Wie es zur Zwangsaussiedlung kam und als die ersten Flüchtlinge eintrafen	8
2. Die Aufnahme elternloser Flüchtlingskinder	20
3. Die Arbeit der Ortsumsiedlerausschüsse	23
4. Die Wohnraumverteilung für Flüchtlinge	24
5. Unterstützung für Flüchtlinge	31
6. Flüchtlinge und die Bodenreform	36
7. Der Gesundheitszustand	40
8. Die Ernährungslage	47
9. Arbeit für Flüchtlinge und die Tätigkeit der Umsiedlergenossenschaften	50
10. Resümee	56
11. Dokumentenanhang	
Flüchtlings- und Vertriebenenbewegung in Lübben Mai 1945 – Dezember 1947	58
Erkrankungen in der Kreisbevölkerung	59
Bevölkerungsentwicklung im Kreis Mai 1945 – September 1950	60
12. Dokumente aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv	64
12. Quellenverzeichnis	72
13. Literaturverzeichnis	72
Impressum	73
Danksagung	73

## - Wie es zur Zwangsaussiedlung kam und als die ersten Flüchtlinge eintrafen -

Bereits ab Mitte des Zweiten Weltkrieges, nachdem sich für Deutschland eine Kriegsniederlage abzeichnete, trafen die Alliierten Stalin, Churchill und Roosevelt in Teheran (November 1943) und Jalta (Februar 1945) zusammen, um über die Nachkriegssituation und –ordnung des Deutschen Reiches zu beraten. Bei den zwei Konferenzen wurde die Verschiebung der Grenze Polens von Ost nach West zu Lasten des Deutschen Reiches als Hauptziel und Grundgedanke aller Beteiligten verfolgt, vor allem um Stalins Willen, seine Gebietsrechte aus dem Hitler-Stalin-Pakt vom Herbst 1939 zu behalten, nachzugeben. Zwar gab es einerseits von Anfang an große Bedenken gegen die sich abzeichnende Aussiedlung, andererseits galt es als unmöglich, die in den Teilen östlich von Oder und Neiße gesamt lebenden 8 Millionen Deutsche in ein neues Polen zu integrieren. Hinzu kamen die rund 3 Millionen in der Tschechoslowakai und rund 700.000 Deutsche, die in Ungarn, Jugoslawien und in Rumänien lebten.<sup>1</sup>

Auf deutscher Seite machte die politische Führung sich bis dato nur wenige Gedanken über eine mögliche Massenflucht der Menschen Richtung Westen. Trotz des Vordringens der Sowjetarmee auf deutschem Boden, glaubte sie immer noch an den viel versprochenen „Endsieg“ der deutschen Armee bzw. propagierte diesen. So waren zwar bereits im September 1944 Evakuierungspläne vor den heranrückenden sowjetischen Truppen ausgearbeitet worden, deren Handhabung jedoch unterschiedlich verlief. Wer auf eigene Faust versuchte sich in Sicherheit zu begeben, musste fürchten erschossen zu werden. Landräte, Kreisleiter und Bürgermeister der einzelnen Gaus bekamen die Anweisung, jeden sofort zu melden der die Flucht plane. Stellvertretend dafür steht der ostpreußische Gauleiter Erich Koch. Er zwang Hunderttausende zum sinnlosen Durchhalten. Viele Trecks brachen daher erst sehr spät oder gar nicht Richtung Westen auf und wurden von der Front überrollt. Das bedeutete für die Frauen, die den russischen Soldaten in die Hände fielen, unvorstellbares Leid (Vergewaltigungen, Erschießungen, körperliche Misshandlungen) und wenn Männer, egal wie alt, auf dem Treck waren, Gefangennahme oder standrechtliche Erschießung.<sup>2</sup>

Als Begriff dessen wird den Deutschen wohl immer der Name des Ortes Nemmersdorf in Ostpreußen im Gedächtnis bleiben. Dies war der erste Ort, der

von der Sowjetarmee auf deutschem Boden erobert wurde und er ist gleichzeitig durch das angerichtete Massaker der Rotarmisten am 21. Oktober 1944 an der Dorfbevölkerung zum Vorboden von Flucht und Vertreibung geworden. 46 Zivilisten fanden in Nemmersdorf und Umgebung den Tod. Meist wurden sie durch Nahschüsse in Kopf und Brust hingerichtet.

Vielleicht wäre diese Katastrophe in der deutschen Geschichte, die Millionen traf, noch aufzuhalten gewesen, wenn die Flüchtlingstrecks schon eher Richtung Westen in Bewegung gesetzt worden wären. Spätestens dann hätten viele das Inferno von Massenpanik, Todesmärschen und Vergewaltigungen überleben können. Es wäre noch Woche für Woche Zeit gewesen, alle rechtzeitig in Sicherheit zu bringen vor diesem heranrückenden mörderisch kalten Winter 1944/1945.

Der Arzt Hans Graf von Lehnsdorff beschrieb den goldenen Oktober 1944 in Ostpreußen: „*Das Licht so stark, der Himmel so hoch, die Ferne so mächtig*“. Aber selbst diese Beschreibung im Land des Bernsteins konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle wussten, dass es vorbei war.<sup>3</sup>

Seit Beginn des Jahres 1945, verstärkt ab März, fuhren die ersten Pferdegespanne mit Flüchtlingen, von Beeskow und Straupitz her kommend, durch die Stadt Lübben, nur manchmal anhaltend, weiter nach Westen.<sup>4</sup> Wie viele Flüchtlinge den Lübbener Kreis passierten ist unbekannt. Die Zahl dürfte sich in die Tausende belaufen, denn durch den Kessel von Halbe befanden sich zum Ende des Krieges relativ viele Flüchtlinge in und um Lübben.<sup>5</sup>

Nachdem die immer schneller vorrückende Rote Armee am 31. Januar 1945 die Oder überquerte, stand sie im April 1945 auf dem Boden des Kreises Lübben. Zwar gab es in den einzelnen Ortschaften einige Zerstörungen, im Großen und Ganzen blieb der Kreis von größeren Schäden verschont. Dies bezog sich dagegen leider nicht auf die Kreisstadt selbst. Lübben wurde von einigen fanatischen Stadt- und Kreiskommandanten zur „Festung“ erklärt und sollte bis zum letzten Mann gehalten werden, obwohl sich neben einem kurzerhand aufgestellten Volkssturm (bestehend aus Alten, Kranken und Kindern im Schulalter) keine fähige Armee in der Stadt aufhielt, die auch nur ansatzweise in der Lage gewesen wäre, die Stadt zu verteidigen und den Vorstoß der Roten Armee nach Berlin zu verhindern oder für längere Zeit aufzuhalten. So standen die Lübbener vor dem gleichen Schicksal wie

3 Thomas Darnstädt: „Vater, erschieß mich!“. Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Hrsg. Stefan Aust, Stephan Burgsdorf. Bonn 2003. S. 22-23.

4 Rolf Ebert: Lübben im April/ Mai 1945. Beiträge zur Geschichte einer Region im Land Brandenburg. Bd. 2. Lübben 1997. S. 9.

5 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Rep. 250 Landratsamt Lübben, Nr. 111.

1 Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. München 2004.

2 Jürgen Ast, Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Berlin 2000, S. 12.

die in den Wochen davor durchgezogenen Flüchtlingstrecks – sie wurden aufgefordert, die Stadt zu verlassen und flohen größtenteils in benachbarte Dörfer. Nach Artilleriebeschuss der Roten Armee und tagelangen Straßenkämpfen zwischen dem 20. und 27. April 1945, die zur etwa 80%igen Zerstörung der Altstadt und der gesamten Infrastruktur Lübbens führten, war auch diese Stadt von den Russen besetzt worden. Als die Menschen in ihre Heimatstadt zurückkehrten, glich diese einem Trümmerhaufen.

Nachdem in Europa der Zweite Weltkrieg Anfang Mai 1945 mit der deutschen Kapitulation beendet worden war, kam es, wie bereits befürchtet, von polnischer und tschechischer Seite zu den so genannten „wilden“ Vertreibungen gegen die in ihren, bzw. später zugesprochenen, Gebieten lebenden Deutschen. Dies bedeutete, dass ohne völkerrechtliche Grundlage die Menschen, die nach Kriegsende wieder zurück in ihre Heimat östlich der Oder und Neiße und ins Sudetenland strömten, oder sich noch dort aufhielten, von den Polen und Tschechen vertrieben wurden. In wenigen Stunden mussten die völlig unvorbereiteten Menschen ihr gesamtes Hab und Gut zusammenpacken und ihre Dörfer und Städte verlassen. Die meisten traten die Reise zu Fuß oder mit Pferdewagen an. Nur wenige fanden Platz in den völlig überfüllten Eisenbahnzügen.

Auf ihrem Weg ins „Restreich“ mussten sie neben Hunger auch Plünderungen über sich ergehen lassen. Für viele war es bereits die zweite Flucht aus der geliebten Heimat und meistens gingen sie mit weniger Hab und Gut als beim ersten Mal. Von den Sowjets geduldet, war es die schlimmste Demütigung.

Da noch Ungewissheit über die weitere Lage der Flüchtlinge herrschte, betrachteten die Behörden sie westlich von Oder und Neiße nur als „Durchgangsflüchtlinge“. Man hoffte, sie so schnell wie möglich wieder loszuwerden und in ihre alte Heimat östlich der Oder abschieben zu können. Dass es nicht so kam, würde sich, wie wir heute wissen, erst noch zeigen. Die Tätigkeitsberichte des Sozialamtes Lübben, vom Stadtrat Johann Gebauer an den Bürgermeister und die Kommandantur gerichtet, geben darüber Auskunft, wie die Situation im Bereich Flüchtlingswesen ab Ende Mai 1945 ausgesehen hat. Die wichtigsten Inhalte der Berichte zwischen Mai und bis zum Abschluss der Potsdamer Konferenz sollen hier genannt sein (die Daten entsprechen den Tätigkeitszeiträumen des städtischen Sozialamtes):

#### 04. Juni – 06. Juni 1945

Einrichtung eines neuen Lagers und einer neuen Küche für durchziehende Flüchtlinge auf der Pfaueninsel. Es erfolgte eine durchschnittliche Essensausgabe von 150-200 Portionen pro Tag an die Flüchtlinge.

#### 06. Juni und 07. Juni 1945

Gewährung Nachtlager an 55 durchziehende Flüchtlinge auf der Pfaueninsel.

#### 08. Juni – 10. Juni 1945

132 Portionen Essen an durchziehende Flüchtlinge auf der Pfaueninsel vergeben.

#### 13. Juni und 14. Juni 1945

Unterkunft von täglich 48 durchziehenden deutschen Evakuierten

#### 15. Juni – 17. Juni 1945

Betreuung von täglich 235 – 240 durchziehenden deutschen Evakuierten auf der Pfaueninsel.

#### 23. Juni – 30. Juni 1945

*„[...] in Anbetracht des einsetzenden Flüchtlingsstromes machte sich die Errichtung einer weiteren Küche erforderlich. Es wurde die Flüchtlingsküche auf der Pfaueninsel erweitert und zwar durch zwei Kochkessel am Brückenplatz 1 zur Entlastung der Küche Pfaueninsel. Eine zweite Küche mit zwei Kesseln, sowie Unterkunft für ca. 300 Personen wurde auf dem Frauenberg geschaffen. Auf dringenden Wunsch des Bahnhofskommandanten und mit Zustimmung des Wirtschaftskommandanten Herrn Major Bratschenko wurden noch eine dritte Küche in der Kaserne und ebenfalls Unterkunftsräume für nochmals ca. 250 Personen eingerichtet. Im Laufe der letzten zwei Tage wurden durch unsere Einrichtungen ca. 2.500 – 3.000 Menschen, ausgewiesene Deutsche von jenseits der Neiße, betreut.“*

#### 01. Juli – 08. Juli 1945

*„Der Flüchtlingsstrom übertraf in dieser Woche alle Erwartungen. Krankheitsfälle und Sterbefälle sind an der Tagesordnung, die Menschen halten die Strapazen infolge Unterernährung nicht mehr aus. Unsere Flüchtlingslager sind überfüllt und im Laufe der letzten Tage haben sich die Krankheitsfälle besonders bemerkbar gemacht, sodass unbedingt ärztliche Betreuung der Lager erforderlich ist. Um eventuellen Epidemien vorzubeugen haben wir Dr. Thiele gebeten einen Arzt mit der Betreuung der Lager zu beauftragen. Des gleichen werden in jedem Lager DRK-Helferinnen zur Betreuung der Kranken eingesetzt. [...] Um den Flüchtlingsstrom von Lübben abzuziehen ist es erforderlich, daß Gemeinden des Kreises einen Teil der Flüchtlinge als Ernteeinsatzkräfte zugewiesen erhalten. Wir bitten dringend das Landratsamt veranlassen zu wollen die Angelegenheit in die Wege zu leiten. Unsererseits könnte ein Ausgleich geschaffen werden, wenn jeder Ort verpflichtet wird soviel Flüchtlinge aufzunehmen, wie er vorher ausländische Hilfskräfte hatte. Damit wäre der Flüchtlingsstrom von Lübben etwas gestoppt und die Menschen selbst nutzbringender Arbeit zugeführt.“*

#### 11. Juli 1945

*„Durch die Gemeinde Alt Zauche kam es zu einer Spende von einem Zentner Kartoffel“*

feldn sowie von einigen Kinderbekleidungsstücken wie Jacken, Hemden etc. für Säuglinge an die Hilfsbedürftigen in der Stadt Lübben. Des Weiteren gab es von Seiten des Landratsamtes Zuteilungen wie 65 Kinderkleider und 10 Damenblusen. [...] Fünf ältere Genossen, erfahren im Sozialdienst, sind beauftragt die Lager zu kontrollieren und darauf hinzuwirken, dass Flüchtlinge ihren Aufenthalt nicht über 48 Stunden ausdehnen. Ausgenommen sind Kranke, die vom Sozialamt eine Bescheinigung erhalten eine bestimmte Zeit im Lager verbleiben zu dürfen.“

12. Juli – 18. Juli 1945

„Es muß berichtet werden, daß der Flüchtlingsstrom bis zum 17. Juli seinen Höhepunkt erreicht hatte und jetzt im Abnehmen begriffen ist. Über 50.000 Speisungen mit Kartoffeln, Fleisch und Gemüse, zusätzlich Brot, Weißkäse und Leinöl sind in den Küchen Pfaueninsel, Brückenplatz, Kaserne und Frauenberg verabreicht worden. [...] Durch die Absonderung der vielen Altersschwachen, Kranken und gebärenden Mütter, die wegen Überfüllung der Krankenhäuser der Stadt nicht aufgenommen werden können, ist das Flüchtlingsheim Frauenberg folgerichtig zum Alters- und Krankenhaus geworden, das von der Stadt betreut, versorgt und finanziert wird, die Hilfesuchenden, aber weit vom Kreis und anderen Provinzen stammen.“

29. Juli – 08. August 1945

„Der Flüchtlingsstrom hat um etwa 20% nachgelassen. Die Anfuhr von Kartoffeln für die Flüchtlingsküchen ist immer noch unzureichend. Ausser dem täglichen Essen morgens und abends wird in den Flüchtlingsküchen wöchentlich 100kg Weißkäse und 200 Ltr. Magermilch zur Verteilung zugeführt. [...] Das Lager Frauenberg hat sich im Laufe der Zeit zum Krankenhaus und Sammelplatz für Transportunfähige gebildet. Es mangelt hierbei vor allem an Eimern, Besen und Schrubbern um das Lager hygienisch einwandfrei zu halten. An Transportunfähigen, vor allem alten Leuten, die zu Fuss nicht weiterkönnen, befinden sich ca. 200 Personen im Lager, für deren Weitertransport Sorge getragen werden muß. Die Stadt ist nicht in der Lage alle diese arbeitsunfähigen Menschen aufzunehmen.“<sup>6</sup>

Mit Abschluss der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 02. August 1945) und dem daraus resultierenden Potsdamer Abkommen (02. August 1945) wurde, nachdem die Westalliierten dem Druck Stalins nachgaben, die Oder-Neiße-Linie als deutsch – polnische Grenze offiziell anerkannt. Das Sudetenland fiel wieder an die Tschechoslowakei. Deutschland verlor 24% seiner Fläche. Damit stand fest, dass ca. 14 Millionen Menschen, die sich entweder noch in diesen Gebieten befanden oder dorthin zurückströmten, auf einmal „heimatlos“ waren.<sup>7</sup> Bis zu ihrer Vertrei-

bung waren die Deutschen nur noch Menschen auf Abruf, ohne staatsbürgerliche Rechte. Sie mussten mit der Gewissheit leben, irgendwann in den nächsten Tagen, Monaten oder Jahren aus ihrer Heimat ausgewiesen zu werden. Obwohl die „wild-“ Vertreibungen geendet hatten, begannen nun die „geregelten“ Vertreibungen als Folge der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz.<sup>8</sup>

Nach Festlegung der Siegermächte sollte die Überführung der deutschen Bevölkerung, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben und nicht in den letzten Kriegstagen vor der Roten Armee geflüchtet oder unmittelbar nach Kriegsende wieder zurück gekehrt war, in „geordneter und humaner Weise“ durchgeführt werden. Allerdings nahmen Polen, Tschechen und Rotarmisten oft Rache für die am eigenen Leib erfahrenden Gräueltaten der Deutschen während des Krieges und so wurden die Menschen zuhauf brutal vertrieben. Sie ließen neben ihrem materiellen Eigentum auch ihre persönlichen Gegenstände zurück. Rund zwei Millionen schafften es nicht nach Deutschland zu fliehen. Sie starben, weil der Weg zu lang und zu beschwerlich war. Die es über die Oder geschafft hatten, sollten nun im „Restreich“ ein neues zu Hause finden – wohl immer in der Hoffnung, irgendwann wieder in die alte Heimat zurückkehren zu können. Dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen würde, ahnten die Wenigsten.<sup>9</sup>

Als einer der ersten Anlaufpunkte für Flüchtlinge aus dem Osten standen die Behörden in Brandenburg vor dem Problem, mit der Masse an Menschen umgehen zu müssen. Egal, ob die Menschen nun hier blieben oder weiter zogen, sie mussten durch Brandenburg, Sachsen oder Mecklenburg. Wurde vor den Wochen der Potsdamer Konferenz davon ausgegangen, die gesamten Flüchtlinge nur auf die Sowjetische Besatzungszone zu verteilen, so drang erst allmählich das Problem zu allen vier Besatzungsmächten vor, dass diese dann hoffnungslos mit der Lage überfordert sein werde. Diese Situation konnte nur besatzungsübergreifend gelöst werden. Ziel sollte es sein, etwa 25% der Einwohnerzahl den jeweiligen Besatzungszonen zuzuteilen. So entschied man sich dafür, dass „nur“ etwa 4,5 Millionen Menschen in der SBZ<sup>10</sup> aufgenommen werden mussten. Für Brandenburg ergab sich dann nach dem Willen der SMAD<sup>11</sup>, eine Zahl von 700.000 Menschen, die hier ihren neuen Wohnsitz nehmen sollten – im Juli 1945 sprach sie noch von 2,5 Millionen! Allerdings löste dies das Problem keineswegs, denn gleich ob die Flüchtlinge nun hier blieben, in den Westen zogen, oder in ein anderes Land der

8 Jürgen Ast, Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Berlin 2000, S. 26.

9 Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. München 2004.

10 Sowjetische Besatzungszone (SBZ).

11 Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD).

6 BLHA, Außenstelle Lübben, Rep. 8 Lübben, Nr. 02/629.

7 Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. München 2004.

SBZ weitergeleitet wurden, sie mussten auf ihren Weg hier „durchgeleitet“ werden. In den Zügen, mit denen die Vertriebenen aus ihrer Heimat abtransportiert wurden, existierte kaum eine Versorgung mit Nahrungsmitteln, von medizinischer Betreuung ganz zu schweigen. Selbst dem, der zu Fuß unterwegs war, erging es kaum besser. Alle waren erschöpft und von der langen Reise gekennzeichnet. Die Ursache für Krankheiten aller Art, die nun ein leichtes Spiel hatten sich auszubreiten. Es wird geschätzt, dass sich im September bereits 1,2 Millionen Flüchtlinge im Land aufhielten. Um den gesamten Menschenandrang zu bewältigen, waren die Voraussetzungen nun allerdings denkbar ungeeignet. Das Land war zerstört, die Wirtschaft am Ende und die Ernährungslage katastrophal. Auf all das konnte zu dieser Zeit keine Rücksicht genommen werden. Die im Oktober 1945 zugeteilten Flüchtlinge mussten schnellstens im Land untergebracht werden. In einem Schreiben der Provinzialregierung an die Landratsämter und Bürgermeister im September 1945 sollten diese darauf vorbereitet werden, die 700.000<sup>12</sup> ins Land kommenden Flüchtlinge auf die einzelnen Kreise so gerecht wie möglich zu verteilen. Das war nicht immer einfach und blieb nicht ohne Protest der einzelnen Kreise bzw. Städte. Schließlich befanden sich weit mehr Flüchtlinge im Land als die zugeteilten, die schon alle gepflegt und untergebracht werden mussten.<sup>13</sup>

Es blieb den Kreisen nichts anderes übrig, dem Befehl der SMAD galt es zu folgen. Für den Kreis Lübben sah man eine aufzunehmende Flüchtlingszahl von ca. 30.000 Menschen vor – sie blieb aber weit darunter. Im Januar 1949 wurden 16.915 registrierte Flüchtlinge im Kreis gezählt.<sup>14</sup> Wird die Flüchtlingszahl aber prozentual neben der gesamten Kreisbevölkerung gemessen, so hatte der Kreis Lübben beispielsweise im Februar 1947 mit 16.267 Flüchtlingen (37% der Kreisbevölkerung), nach den Landkreisen Westprignitz (40,2% der Kreisbevölkerung), Ostprignitz (42,1% der Kreisbevölkerung), Ruppin (39,6% der Kreisbevölkerung), der Stadt Guben (63,8% der Stadtbevölkerung) und dem Landkreis Westhavelland (38% der Kreisbevölkerung) unter den 30 brandenburgischen Kreisen und kreisfreien Städten die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Im gesamten Land waren bis Februar 1947 694.478 Vertriebene (27% der Bevölkerung) gemeldet.<sup>15</sup>

Um den gesamten Flüchtlingsstrom zu organisieren und zu koordinieren war es erforderlich, auf Besatzungs- bzw. Länderebene eine Abteilung zu bilden,

der die Verantwortung darüber oblag. Im September 1945 wurde so die „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“ in der SBZ gegründet. Im Oktober kam es dann zur Bildung der „Abteilung für deutsche Umsiedler“ auf dem Gebiet der Provinz Brandenburg, die als Unterabteilung des Amtes für Arbeit und Sozialwesen fungierte.<sup>16</sup> In dem „Historischen Bericht über die Arbeit in der Umsiedlerbewegung von 1945 – Mai 1948 im Land Brandenburg“ kam es zu einigen Aufzählungen, welche die Arbeit der Abteilung Umsiedler beschreiben sollte. Demnach oblagen ihr der Auffang, die Erfassung und Lenkung aller Umsiedler, Heimkehrer (sowohl der zahlreichen Einzelgänger, als auch der mit den Transporten eintreffenden), die Durchführung einer Quarantäne für neu angekommene Umsiedler, die Verteilung und Weiterleitung in andere Länder oder in die Heimatorte. Darüber hinaus mussten bis zum Abtransport in andere Länder die Massen der Umsiedler und Heimkehrer untergebracht, gepflegt, in sanitärer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung betreut, sowie mit Transportzügen oder Lastkraftwagen an- und abtransportiert werden.<sup>17</sup> Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Abteilung hauptsächlich den Mangel zu verwalten hatte. Wem konnte sie schon Wohnraum und Nahrungsmittel in ausreichender Form zur Verfügung stellen, herrschte doch nach Kriegsende ein Mangel an allem. Sprichwörtlich eine Sisyphusarbeit, die nur mit dem Mut der Verzweiflung angegangen werden konnte.<sup>18</sup>

Als eine der ersten Aufgaben ging sie daran, das gesamte Umherschicken der Flüchtlinge zu stoppen bzw. einzudämmen, um einerseits das Registrieren zu erleichtern und andererseits abschätzen zu können, wie viele Menschen sich eigentlich im Land aufhielten (genaue Zählungen gab es bis dahin nicht) und um die Versorgung zu gewährleisten. Daher erging im Oktober 1945 an alle Landräte und Bürgermeister die Anweisung: *„Der allgemeine Stop für die in der Provinz Brandenburg befindlichen Umsiedler muss in allen Kreisen ganz entschieden eingehalten werden. Jede weitere Wanderung mit Transportmitteln oder auf der Landstraße ist heute mehr denn je verboten. Auf keinen Fall dürfen jetzt noch Verschiebungen von Umsiedlern von einem Kreis in den anderen vorgenommen werden, da sonst eine zu große Störung der neu ankommenden Umsiedlerzüge eintreten würde.“*<sup>19</sup> Leider viel das in der Praxis nur all zu schwer. Durch das ablehnende Verhalten der Alteingesessenen wurde es den Vertriebenen nicht leicht gemacht, an einem Ort zu bleiben.

12 Bei der Zahl von 700 000 handelt es sich nicht um Flüchtlinge die noch zusätzlich aufgenommen werden sollten, sondern um den Gesamtaufnahmesatz für Brandenburg.

13 Jürgen Ast, Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Berlin 2000, S. 43.

14 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1156, Bl. 3.

15 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1117, Bl. 7: Vergleichbare Übersicht über die Bevölkerungsentwicklung der Provinz Brandenburg Ende Februar 1947.

16 Jürgen Ast, Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Berlin 2000, S. 41.

17 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1166, Bl. 3.

18 Jürgen Ast, Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Berlin 2000, S. 41.

19 Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg Nr. 3 vom 30. November 1945, Seite 62.